Basel 81. Künftige Herausforderungen annehmen

Autor(en): Eugen Keller

Quelle: Basler Stadtbuch

Jahr: 1981

<https://www.baslerstadtbuch.ch/.permalink/stadtbuch/4863975d-05c6-4894-a9a4-9014ceb5adff>

Nutzungsbedingungen

Die Online-Plattform www.baslerstadtbuch.ch ist ein Angebot der Christoph Merian Stiftung. Die auf dieser Plattform veröffentlichten Dokumente stehen für nichtkommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung gratis zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrücke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger schriftlicher Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des vorherigen schriftlichen Einverständnisses der Christoph Merian Stiftung.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Die Online-Plattform [baslerstadtbuch.ch](http://www.baslerstadtbuch.ch) ist ein Service public der Christoph Merian Stiftung.

<http://www.cms-basel.ch>

<https://www.baslerstadtbuch.ch>

Eugen Keller

Basel 81

Künftige Herausforderungen annehmen

Einleitung

Jedes Führungsgremium hat sich von Zeit zu Zeit mit der Frage auseinanderzusetzen, auf welche Weise die künftigen Probleme gemeistert werden können und ob der eingeschlagene Weg der Situation noch angepasst ist. Vor allem interessiert den Bürger und den Mitarbeiter der Verwaltung, welche Absichten von der Leitungsinstanz verfolgt werden und wie den zeitgemässen Bedürfnissen der nahen und ferneren Zukunft gerecht entsprochen werden soll.

Nach den turbulenten ersten 70er Jahren, als der Staatshaushalt aus den Fugen zu geraten schien und die Unwirtlichkeit der Städte beklagt wurde, schickte sich der Regierungsrat an, mit den Zielvorstellungen Basel 75 und 76 neue Horizonte aufzuzeigen. Die beiden Schriften stiessen auf lebhaftes Interesse, und die darin postulierten Grundsätze wurden in der Folge von allen Seiten zitiert, sei es um wichtige Forderungen zu untermauern, sei es aber auch, um der Regierung nachzuweisen, dass sie sich nicht an ihr eigenes Leitbild halte. Basel 75 konnte als eigentlicher Markstein bezeichnet werden, der den deutlichen Willen der Exekutive ausdrückte, dem Staate Basel-Stadt Impulse in positiver Richtung zu geben. Es wurde unter anderem deutlich gemacht, dass Basel in der Eidgenossenschaft und in der Region eine Rolle spielen und wieder wohnlicher werden will. Einem ausgeglichenen Finanzhaushalt wurde das Wort gesprochen und

festgehalten, dass der Kanton in den 80er Jahren wieder eine Wohnbevölkerung von rund 225 000 Einwohnern aufweisen soll.

Bewusst hatte die Regierung ihre Ziele in zwei Teilen dargelegt. Die Hauptziele 75 mit den übergeordneten Aspekten und den Einzelzielen 76, in denen die Vorstellungen zu den einzelnen Sachgebieten zur Darstellung kamen. Basel 81 ist die Folgeschrift von Basel 75. Damals wurde in einem Anhang aufgezeigt, wie die einzelnen Probleme detailliert untersucht und was für Lösungsvorschläge ausgearbeitet werden sollen.

Auch für die neuen Zielvorstellungen Basel 81 und 82 wählte der Regierungsrat die oben erwähnte Zweiteilung des Stoffes, obschon damit gerechnet werden muss, dass dieses Vorgehen zu Missverständnissen führen könnte. Schon 1975 wurden Aussagen über Kultur, Gesundheit, Energie und Erziehung vermisst, wobei jeweils auf Basel 76 vertröstet werden musste. Auch für Basel 81 war ähnliches zu erwarten.

Da aber Basel 81 und 82 nicht nur neue Standortbestimmungen sein wollten, wurde die Zweiteilung des Stoffes beibehalten, gleichsam auch als Rechenschaftsbericht über die in Basel 75 und 76 formulierten Zielvorstellungen.

*Die versprochenen Anstrengungen,
die erreichten und die nicht erreichten Ziele*

Seine Entschlossenheit, aufgrund der Erkenntnisse aus der Lagebeurteilung gemäss

Basel 75 auch alle sich aufdrängenden Massnahmen tatsächlich einzuleiten und tatkräftig durchzuführen, unterstrich der Regierungsrat seinerzeit durch die als Anhang II von Basel 75 abgedruckte «Liste einiger wichtiger Arbeiten, Vorlagen und Berichte». Mit ganz wenigen Ausnahmen konnten in der Zwischenzeit sämtliche in dieser Liste in Aussicht gestellten Arbeiten ausgeführt werden. Stellvertretend für die vielen erreichten Ziele seien hier lediglich die Schaffung der Stadt- und Dorfbild-Schutzzone und der Stadt- und Dorfbild-Schonzone, die Einrichtung verschiedener Wohnstrassen und Velostrecken, die regierungsrätliche Stellungnahme zum Gutachten Grabe über die baselstädtische Struktur- und Gesamtverkehrsplanung, die Schaffung eines Baumschutzgesetzes und die Neuregelung des Finanzrechtes genannt. Eine vollzählige Aufzählung der erreichten Ziele würde den Rahmen dieses Beitrags sprengen. In einigen Fällen wurden dabei – das sei nicht verschwiegen – allerdings die seinerzeit ins Auge gefassten Termine in grösserem oder geringerem Ausmass überschritten, meist weil die mit der Erarbeitung der betreffenden Berichte oder Massnahmen verbundenen Schwierigkeiten anfänglich unterschätzt worden waren. Es ist ein Merkmal von Zielen, dass sie bisweilen nicht erreicht werden, weil sie entweder zu hoch gesteckt waren oder weil kaum beeinflussbare Kräfte einen Erfolg verhindern.

Als wichtigstes der nicht erreichten Ziele ist die *Verhinderung der Wohnbevölkerungsabnahme* zu nennen. War im Zeitpunkt der Festlegung dieses Zieles die Zahl von 220 000 Einwohnern erst geringfügig unterschritten, so kamen wir in der Zwischenzeit bereits der Grenze von 200 000 nahe. Dabei kann es für uns angesichts der unliebsamen Folgen kaum ein Trost sein, dass es sich bei der Stadtflucht

nicht um ein spezifisch baslerisches, sondern um ein internationales Problem handelt. Was die Situation im Falle unserer in engen Kantons- und Landesgrenzen liegenden Stadt besonders verschärft, ist der Umstand, dass durch diese Abwanderungen auch der Kanton an Einwohnern und damit an Steuersubstanz verliert. Die Abwanderungswelle erfasste aber nicht alle Bevölkerungsschichten in gleichem Masse, sondern unverhältnismässig stark die jungen Schweizer Familien. Es muss daher davon ausgegangen werden, dass eine Annäherung der Zusammensetzung der Bevölkerung an das schweizerische Mittel, insbesondere was den Altersaufbau anbelangt, ohne Erhöhung oder Bewahrung der Einwohnerzahl, die im Jahre 1980 noch knapp 204 000 Personen betrug, innert vernünftiger Frist nicht gelingen kann. Der Regierungsrat wird sich aber nicht abhalten lassen, trotz dieser ungünstigen Prognose alle tauglichen Mittel zur Haltung und Gewinnung von Einwohnern einzusetzen und diese Anstrengungen zu verstärken.

Die frühere Annahme, die Zweckentfremdung von Wohnraum sei ebenfalls eine der wichtigsten Hauptursachen der Bevölkerungsabnahme, musste revidiert werden. Wir sind inzwischen zu der Erkenntnis gelangt, dass die ständig steigende Wohnflächenbeanspruchung eine wesentliche Mitschuld an der unerfreulichen Entwicklung trägt. Wurden vor rund 20 Jahren durchschnittlich 25 m² Wohnraum pro Einwohner beansprucht, so waren es im Jahre 1977 bereits 42,75 m². Noch vor 10 Jahren wurde angenommen, dass mit einer mittleren Wohnfläche von 35 m² pro Einwohner der höchste Wohnstandard erreicht sein dürfte. Es wird Aufgabe des Staates – nicht allein der Planungsorgane – sein, diese Entwicklung weiter zu beobachten und nach Lösungen für eine positive Trendentwicklung zu suchen. Mit der Neufassung des § 15 des

Wohnbauförderungsgesetzes hat die Bewilligungsbehörde die Kompetenz, bei Baubewilligungen den Mindestanteil der Wohnfläche in Gebäuden vorzuschreiben. In Zukunft soll – namentlich bei der Beurteilung von Projekten, die der erwünschten Stadtentwicklung in besonderem Masse widersprechen – von dieser Kompetenz vermehrt Gebrauch gemacht werden.

Eine entscheidende Rolle bei der Veränderung im Bevölkerungsaufbau von Basel-Stadt spielt das nahe schweizerische Umland. An dieses verlor unser Kanton allein in den letzten 15 Jahren im Endergebnis rund 6750 Familien, somit rund 19500 Personen mehr, als im gleichen Zeitraum aus den betreffenden ausserkantonalen Gemeinden nach Basel zuzogen. Hier zeichnet sich in den letzten Jahren wenigstens eine deutliche Abflachung der Bewegung ab, nachdem in den frühen 70er Jahren Höchstwerte zu verzeichnen waren. Das Gesamtergebnis der zahlenmässigen Bevölkerungsentwicklung des Kantons kommt aufgrund einer Fülle unterschiedlicher Einflüsse zustande, was sich schon sehr anschaulich anhand einer getrennten Betrachtung der Entwicklung nach den einzelnen Wohnvierteln zeigen lässt. So ist etwa festzustellen, dass in der Zeitspanne von Anfang 1978 bis Anfang 1980 (abgesehen von Riehen) vier städtische Wohnviertel eine – wenngleich zum Teil nur äusserst geringfügige – Zunahme der Bewohnerzahl zu verzeichnen hatten, nämlich:

- Gundeldingen
- Kleinhüningen
- Wettstein
- Klybeck.

Dabei muss man sich vergegenwärtigen, dass die Einwohnerzahl des gesamten Kantons in den gleichen zwei Jahren immerhin noch um rund 4400 Personen zurückging. Ins Auge springt sofort, dass es sich bei den angeführten

Quartieren durchweg nicht um solche mit einer besonders hohen allgemeinen Wohnqualität handelt. Weitere Zahlenvergleiche erhärten die Feststellung, wonach die überdurchschnittliche Wohnqualität eines Viertels keineswegs eine Dämpfung des Rückgangs der Bewohnerzahl zu bewirken vermag. Als sehr aufschlussreich erweist sich der Vergleich der Einwohnerentwicklung der einzelnen Quartiere untereinander in den vergangenen fünf Jahren, das heisst von Anfang 1975 bis Anfang 1980. Hiezu wird der neue Bestand in Prozenten desjenigen von 1975 ausgedrückt. Bringt man die Wohnviertel danach in eine Reihenfolge, so erscheint das Quartier Gundeldingen mit 97,7% nach Bettingen im 2. Rang, während das Bruderholz mit der wohl unbestrittenermassen höchsten Wohnqualität aller städtischen Quartiere – sowohl nach Wohnungstypen als auch nach der Wohnumgebung beurteilt – mit 92,8% zwischen dem Wettsteinquartier und Kleinhüningen den 10. Platz belegt. Hätte der Kanton seit 1975 seinen Bevölkerungsstand insgesamt auch nur gleich gut zu wahren vermocht wie das Gundeli, so hätte er Anfang 1980 noch rund 213 500 Einwohner aufzuweisen gehabt. Aus der dargelegten hohen und noch fortschreitenden Mehrbeanspruchung von Wohnflächen pro Bewohner erhellt, dass schon nur die zahlenmässige Erhaltung der Wohnbevölkerung ohne einen erheblichen Neuzugang an Wohnungen undenkbar ist. In unseren räumlich überaus beengten Verhältnissen stösst freilich die Schaffung neuen Wohnraums in vielen Fällen auf Schwierigkeiten. Dabei ist der Grundsatz zu beachten, dass bei der Erstellung von Neubauten keinesfalls die Qualität der Wohnumgebung der neuen oder der bestehenden Wohnungen ernsthaft beeinträchtigt werden darf. Stellvertretend für verschiedene Projekte sei

an dieser Stelle auf die Wohnüberbauung des alten Schlachthofareals an der Elsässerstrasse hingewiesen, wo es nach einer langen politischen «Leidenszeit» gelungen ist, eine Lösung zu finden, die sowohl dem Bedürfnis nach Schaffung neuen Wohnraums als auch der Forderung nach Gewinnung möglichst ausgedehnter neuer Freiflächen für das St. Johann-Quartier Rechnung trägt.

Neben den vorgenommenen Renovationen und baulichen Verbesserungen verschiedener Kommunalbauten zur Hebung der Wohnqualität war es dem Regierungsrat in den letzten Jahren ein spezielles Anliegen, die Innerstadt als Wohnlage aufzuwerten. So konnten namhafte finanzielle Mittel bereitgestellt werden, um eine grössere Zahl von Altstadtliegenschaften zu renovieren und deren Wohnungen zu modernisieren. Unter Ausnützung der vielfältigen Erfahrungen, die mit den bisherigen Renovationen gewonnen werden konnten, ist geplant, laufend weitere Altstadtliegenschaften, die sich im Besitz der öffentlichen Hand befinden, zu renovieren. Von besonderer Bedeutung sind die im St. Alban-Tal erzielten Fortschritte. Hier gelang es in fruchtbarer Zusammenarbeit von Staat, Christoph Merian Stiftung und weiteren Eigentümern, das Aussehen dieses Quartiers bereits entscheidend zu verbessern.

Die eingeleiteten Massnahmen werden zielstrebig weiterverfolgt

Die grossen Anstrengungen zur Hebung der Wohnqualität als zentrale Aufgabe müssen weitergeführt werden vor allem in der Absicht, dem Bevölkerungsschwund entgegenzuwirken.

Mit der *Verkehrspolitik* ist den Behörden ein wichtiges Mittel zu möglichen Verbesserungen der städtischen Lebensqualität in die Hand gegeben. In einem umfassenden Bericht

hat der Regierungsrat im September 1979 zur Überprüfung der Struktur- und Gesamtverkehrsplanung Basel durch Professor Grabe Stellung genommen und seine Meinung zu vielen den Verkehr betreffenden Grundsatz- und Einzelfragen dargelegt. Mit dem im Jahre 1980 vollendeten Bau der Osttangente konnte der Beweis erbracht werden, dass es mit der Kanalisierung des Verkehrs auf Hochleistungsstrassen möglich ist, weite Wohngebiete von quartierfremdem Durchgangsverkehr wirksam zu entlasten. So haben unter anderem auch die Zählungen des den Rhein überquerenden Verkehrs ergeben, dass die Osttangente dank ihrem ausgezeichneten Kanalisierungseffekt insgesamt 72% des Verkehrszuwachses 1970–1978 und des Verkehrs, der aus der Innerstadt abgedrängt wurde, übernommen hat. Mit der Verwirklichung einer praktisch durchweg unterirdisch verlaufenden und damit umweltfreundlicheren Nordtangente, die gemäss Netzbeschluss des Bundes für die schweizerischen Nationalstrassen die Verbindung der schweizerischen Autobahnen N2/N3 mit der französischen Autobahn A35 herzustellen hat, will der Regierungsrat auch die Gebiete nördlich der Johanniterbrücke von Durchgangsverkehr entlasten. Durch das Zusammenwirken mit der Osttangente und dem im Bau befindlichen Birstalzubringer T 18 wird sich der Kanalisierungseffekt der Nordtangente auch auf weite übrige Gebiete der Stadt ausdehnen und namentlich eine starke Entlastung der Ringstrassen des Westplateaus und des Gundeldingerquartiers von Durchgangsverkehr bewirken. Aus der Verlegung einer derart stark belasteten Verkehrsachse in eine zweite Ebene werden nicht zuletzt auch die Fussgänger und vor allem das öffentliche Verkehrsmittel Nutzen ziehen. In städtebaulicher Hinsicht eröffnen sich zudem Möglichkeiten zu weitgehenden Verbesserun-

gen gegenüber den derzeitigen Verhältnissen. In Basel 75 betonte der Regierungsrat auch seinen Willen, die Anziehungskraft der öffentlichen Verkehrsmittel zu steigern. Mit einer Vielzahl einzelner, meist kleinerer Fördermassnahmen sind wir diesem Ziel ein gutes Stück nähergekommen. Besonders hervorgehoben zu werden verdienen die wichtigen Fortschritte, die im Verlaufe der letzten Jahre im Bereich des Tarifverbundes erzielt wurden. Selbst mit Verkehrsbetrieben aus dem benachbarten Ausland konnten solche Vereinbarungen abgeschlossen werden.

Die Einführung der Vorortslinien in das städtische Tramnetz muss sich angesichts verschiedener bahntechnischer Schwierigkeiten vorerst auf die BLT-Linie 17 (ehemals Birsigtalbahn) beschränken. Von unserem Nachbarkanton zu entscheiden ist allerdings zunächst die Frage der Linienführung auf dem Gebiet des Kantons Basel-Landschaft. Anerkennend darf hier auch die Förderung erwähnt werden, die unser Nachbar- und Partnerkanton dem öffentlichen Verkehr in der Agglomeration Basel in letzter Zeit hat zuteil werden lassen. Ohne im Rahmen dieses Beitrags auf Einzelheiten eingehen zu können, darf vermerkt werden, dass in letzter Zeit im Sinne der regierungsrätlichen Zielvorstellungen Massnahmen sowohl für den Fussgänger- als auch für den Veloverkehr verwirklicht werden konnten. Als Beispiel seien die verschiedenen Verbesserungen in der Gross- und Kleinbasler Innerstadt, die bedeutenden Werke in den Ausenquartieren, wie der Rundweg über das Bruderholz und die Fussgängerverbindung vom Gundeldinger-Quartier nach St. Jakob, angeführt. Im Dezember 1980 erfolgte eine grössere Ausweitung der Fussgängerbereiche in der Grossbasler Innerstadt. Die eingerichteten Velo-Versuchsstrecken haben sich grundsätzlich bewährt. Weitere Verbesserungen bei Zu-

fahrten zu wichtigen, insbesondere von Jugendlichen und Schülern aufgesuchten Zielen werden tatkräftig an die Hand genommen.

In Bezug auf den *Staatshaushalt* ist es gelungen, das für 1980 anvisierte Ziel einer ausgeglichenen Rechnung schon vorzeitig zu erreichen. Leider aber führten verschiedene Umstände bereits wieder 1980 zu einem namhaften Defizit, und für die kommenden Jahre drohen erneut finanzielle Engpässe.

Die Rahmenbedingungen, die unserem Kanton bei den Einnahmen vorgegeben sind, zwingen zu äusserster Disziplin bei den Ausgaben. Wir nehmen diese Herausforderung an und werden danach trachten, alle öffentlichen Ausgaben in Schranken zu halten. Eine bescheidene jährliche Neuverschuldung lässt sich immerhin verantworten, sofern deren Ursache in einer Verringerung der Belastung der Steuerzahler liegt. Aufgrund der Revision des Steuergesetzes und der übrigen Gegebenheiten ist mit einer gewissen jährlichen Erhöhung der Schulden in den nächsten Jahren zu rechnen.

Region

In Basel 75 hatte der Regierungsrat verschiedentlich hervorgehoben, wie dringend unser Kanton in seiner räumlich zusehends bedrängteren Situation auf eine fruchtbare Zusammenarbeit mit allen seinen Nachbarn angewiesen sei. Hieran änderte sich in der Zwischenzeit selbstverständlich nichts; die vielfältigen Verflechtungen haben höchstens noch zugenommen. Zur Verbesserung der Beziehungen mit allen Regionalpartnern wurden in den vergangenen Jahren beträchtliche Anstrengungen unternommen, auch manche Fortschritte erzielt.

Jedes grenzüberschreitende Vorhaben ist mit besonderen zusätzlichen Schwierigkeiten belastet, die sich allein schon aus den meist sehr

unterschiedlichen rechtlichen und politischen Bedingungen ergeben, unter denen die einzelnen Beteiligten tätig werden können. Unablässig muss daher immer wieder gegen die Versuchung gekämpft werden, Lösungen auch dann im Alleingang zu suchen, wenn von gemeinsamem Vorgehen an sich bessere Ergebnisse zu erwarten wären.

Die Zusammenarbeit mit dem Kanton Basellandschaft, unserem weitaus wichtigsten Regionalpartner, hat in den vergangenen Jahren zu verschiedenen bemerkenswerten Resultaten geführt. So leistet unser Nachbarkanton seit 1976 einen namhaften Beitrag an die Universität, zu erwähnen ist ferner die Zusammenarbeit im Hinblick auf die Errichtung der Tagesschulen für behinderte Kinder. Es darf auch an die Grün 80 erinnert werden, die nur dank einer guten Zusammenarbeit beider Kantone in unserer Region durchgeführt werden konnte. In diesem Falle hatte die gute partnerschaftliche Zusammenarbeit, auch mit der Gemeinde Münchenstein, überdies sehr beachtliche positive Auswirkungen auf rein baselstädtische Verhältnisse.

Hinsichtlich der Zusammenarbeit mit den schweizerischen und den ausländischen Nachbargemeinden konnte ein eigentlicher «Durchbruch» erzielt werden. In den vergangenen Jahren fanden nämlich zwischen Gemeindeabordnungen je der schweizerischen, der deutschen und der französischen Nachbarn einerseits und Delegationen des Regierungsrates andererseits mehrere Begegnungen statt. Die entsprechenden Einladungen wurden sehr positiv aufgenommen; die Gespräche, in denen zunächst die Vertreter der Regierung baselstädtische Sorgen und Pläne dar-

legen konnten, wickelten sich ausnahmslos in einem offenen und freundschaftlichen Geist ab. Selbstverständlich war den Gästen jeweils auch Gelegenheit geboten, ihrerseits alle Punkte zur Sprache zu bringen, die ihnen in ihrem Verhältnis zu Basel-Stadt wichtig erschienen. Im Rahmen von Gegeneinladungen machten die Spitzen der Nachbargemeinden und andere lokale Behörden den Regierungsrat mit eigenen besonderen Vorhaben und Sorgen besser bekannt. Die guten gegenseitigen Beziehungen führten auch schon vermehrt dazu, dass auswärtige lokale Behörden wichtige baselstädtische Planungsunterlagen zur Stellungnahme erhielten, ein Vorgehen, das wir in Zukunft noch häufiger einzuschlagen gedenken.

Schlussbemerkung

Wenn in Basel 76 der berechtigten Hoffnung Ausdruck gegeben worden ist, Behörden und Bevölkerung möchten gemeinsam und entschlossen die Gestaltung der Zukunft in ihre Hand nehmen, so ist nicht messbar, wie weit wir diesem Ziel nahegekommen sind. Die spürbare positive Haltung der Stimmbürger und weiterer Kreise unserer Gesellschaft dürfen aber als schlüssiger Beweis für ein starkes Selbstvertrauen und für den ungebrochenen Willen der Baslerinnen und Basler gedeutet werden, die künftigen Herausforderungen anzunehmen.

Jedenfalls ist nach Meinung der Regierung kein Grund zur Resignation vorhanden, sie ist nach wie vor bereit, alles zu tun, um ihrem Führungsauftrag gerecht zu werden, unterstützt durch den Grossen Rat und mit dem Rückhalt an der hiesigen Bürgerschaft.